

TOP-THEMA

Volkssolidarität in die Pflicht nehmen

15. Januar 2010 | von Hans-Jürgen Kowalzik



GÜSTROW - Anna-Maria Weide hat 10 000 Euro verloren, Mariechen Wilhelm 2500 Euro. Beide Güstrowerinnen vertrauten auf den Namen der Volkssolidarität (VS) und ließen sich auf ein Fondsgeschäft mit zwei VS-Immobilienunternehmen ein. Gestern Nachmittag gehörten sie zu 115 Geschädigten aus der Region Güstrow/Bützow, die sich in der Verwaltungsfachschule einfanden. Sie folgten einer Einladung der Neuen Verbraucherzentrale (NVZ), auf der beratschlagt wurde, wie im VS-Fondsskandal weiter gemeinsam agiert wird. Das Ergebnis ist, die Gründung eines Geschädigtenvereins und Musterklagen vorzubereiten. Der Verein will damit die Interessen der Betroffenen im Land bündeln. Ziel der Vereinsgründung und der Musterklagen solle es sein, fasste NVZ-Vorstand Jürgen Fischer zusammen, die Volkssolidarität als Sozialverband in die Pflicht zu nehmen. Es solle Druck aufgebaut werden, um die Kreisverbände Doberan/Rostock-Land und Mecklenburg-Mitte sowie Landes- und Bundesverband zur Wiedergutmachung zu zwingen, so Fischer.

Ziel: So viel Schaden wie

möglich ersetzen

Vergrößern

1 von 5

Geschädigte: Anna-Marie Weide (1.) und Mariechen Wilhelm aus Güstrow. Sie haben höchstwahrscheinlich 10 000 bzw. 2500 Euro verloren. Hans-Jürgen Kowalzik (5)

Jochen Resch, Fachanwalt aus Berlin, der der NVZ zur Seite steht und in einem Gläubigerausschuss mitarbeitet: "Es geht darum, dass die Betroffenen so viel wie es geht von ihrem Schaden von denen ersetzt bekommen, die verantwortlich sind und unter dem Deckmantel der Volkssolidarität agiert haben." Die Verantwortung der Kreisverbände zeige sich darin, so Resch, dass sie Gesellschafter in den insolventen Fondsunternehmen waren und in ihren Geschäftsstellen die Fonds angeboten hätten. Jürgen Fischer sieht durch die Vielzahl von Vorwürfen Chancen für einen außergerichtlichen Vergleich.

Auch ein Fahrplan wurde gestern diskutiert. Im Februar soll der Verein gegründet werden. Bis April soll alles Material und die Musterklagen so vorbereitet sein, dass "ernsthafte Gespräche" mit der Volkssolidarität geführt werden.

Zur Erinnerung: Rund 1400 vor allem ältere Anleger, auch Mitarbeiter des Sozialverbandes, haben vermutlich unter dem Vertrauen erweckenden Logo der Volkssolidarität knapp sieben Millionen Euro, die sie in zwei VS-Immobilien-Fonds einzahlten, verloren. Beide Fonds sind insolvent. Bei der Volkssolidarität Sozialimmobilienfonds GmbH und Co. KG gibt es einen Totalverlust, bei der Volkssolidarität Sozialimmobiliengesellschaft mbH ist mit einer Rückzahlungsquote von fünf Prozent zu rechnen. Für zwei weitere Gesellschaften - die Prof.-Ihlefeld-Stiftung und das Thünenhotel Güstrow - liegen Insolvenzanträge vor. Die Staatsanwaltschaft ermittelt auch gegen die Volkssolidarität Grundstücks-entwicklungsgesellschaft. Den verantwortlichen Mitarbeitern wird Insolvenzverschleppung, Kapitalanlagebetrug, Untreue und möglicherweise Bankrott vorgeworfen. Bis Mitte 2010 soll Anklage erhoben werden.

Eine Gesellschaft soll 2003 vor Pleite gestanden haben

Auch eine Insolvenz der Kreisverbände sei nicht ausgeschlossen, so Fischer gestern. Das sehe die VS allerdings anders, so der NVZ-Vorstand. Fischer berichtete außerdem von einem neuen Dokument, das aufgetaucht sein soll. Es stamme von 2003. Darin würden VS-Verantwortliche zugeben, dass die Fondsgesellschaft vor der Pleite stehe und eine neue gegründet werde, um den anderen Fonds zu bedienen. Sollte sich das bestätigen, so Fischer, wären die jetzt Geschädigten "getäuschte Kreditgeber". Schadenersatzansprüche wären möglich.

Große Hoffnungen, schnell an verlorenes Geld zu kommen, dämpfte Jochen Resch. Sowohl Insolvenz-, als auch Straf- und eventuelle Zivilklagen würden Jahre dauern. Umso wichtiger sei es, über den zu gründenden Verein die Volkssolidarität in die Pflicht zu nehmen, so Resch.